

Jürgen Angelow

Arrangement oder Verdrängung. Zum historischen Platz der ostdeutschen Eliten in der Bundesrepublik

Der Transformationsprozess in Ostdeutschland seit 1989 hat zu einer umfassenden Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen geführt, durch die auch die Lebenssituation der meisten Menschen komplett auf den Kopf gestellt wurde. Viele Ostdeutsche haben sich mit den neuen Verhältnissen gut arrangieren können, manche nicht. Von einer Entwertung ostdeutscher Biografien ist die Rede gewesen, auch von Kolonisierung durch den Westen und von der Verdrängung der ostdeutschen Eliten. - Deren Existenz ist von einigen Publizisten sogar bestritten worden: So hat der Verleger Wolf Jobst Siedler in einer Fokus-Umfrage¹ nach der Abwanderung der alten Eliten in den Westen Deutschlands nach 1945 von der "von Elite entleerten Region" des Ostens gesprochen, die nach 1990 der Rückwanderung bedurft hätte. Und der Historiker Arnulf Baring hat die "Verzwegung" der Menschen im Osten beklagt, sowie die "Verhunzung" ihrer Erziehung und Ausbildung. "Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar. (...) Viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten."² - Diese westliche Polemik hat ihr Pendant zum Gutteil in einem verunsicherten Elitenbewusstsein der Ostdeutschen gefunden, denn Eliten galten als "bürgerlich" und nicht als Identifikationsmerkmal in einer sozialistischen Gesellschaft. Die Volksmassen - den Eliten entgegengesetzt - waren die Schöpfer der Geschichte und eine besondere Förderung von Menschen mit hervorragenden Talenten und Fähigkeiten hatte in der DDR nichts mit Elitentum zu tun, denn das neue Menschenbild forderte die möglichst allseitige Entwicklung des Einzelnen und die Ausprägung sogenannter "sozialistischer Persönlichkeiten". Obwohl sich der folgende Beitrag als Argument gegen jede Verdrängungs- und Verschrottungsmentalität in Bezug auf ostdeutsche Spitzenkräfte versteht, sollen hier nicht die polemischen Aspekte betont sondern vielmehr Fragen gestellt werden, die im Kern das Verhältnis von Eliten und gesellschaftlichem Wandel berühren. Wie hat sich dieser Wandel im Bereich der ostdeutschen Eliten ausgewirkt? Welche Beispiele gibt es für Elitentransformationen in der Geschichte? Wie verlief dieser Prozess in Ostdeutschland und welchen Wert besitzen ostdeutsche Elitenvertreter für die bundesdeutsche Demokratie?

Eliten können unterschiedlich definiert werden. Hinsichtlich der Position unterscheidet die Forschung allgemein Macht- und Funktionseliten, die sich in Teileliten aufgliedern lassen³. In Bezug auf die DDR ist von einer relativ kleinen Parteilite - bestehend aus den Spitzenfunktionären des Parteiapparates und der Blockparteien sowie der höchsten staatlichen Funktionsträger - und von einer sozialistischen Dienstklasse die Rede, die auf ca. 250.000 Personen beziffert werden kann und einen Teil der Nomenklatur des SED-Systems sowie die Leitungskader umfasste⁴. Erweitert man den Begriff und zählt alle Nomenklaturkader hinzu, kommt man auf ca. 340.000 Personen. Wenn auch die mittleren und unteren Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen, des Staates, der Kultur und Wirtschaft hinzutreten, dann zählten ca. 1,5 Mio. Personen zur sozialistischen Dienstklasse. In jedem Fall ist an die Position Entscheidungskompetenz gekoppelt, also die Übernahme von Verantwortung. Was alle Eliten miteinander verbindet, ist die Möglichkeit, gesellschaftliche Orientierung anzubieten, Perspektiven zu vermitteln und das Klima einer Gesellschaft zu prägen.

Eliten können auch nach ihrem Besitz an sozialem Kapital definiert werden. Mit diesem von Pierre Bourdieu eingeführtem Begriff ist die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen gemeint, die mit der Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sein können⁵. Soziales Kapital ist Beziehungskapital, es bietet für den Einzelnen einen Zugang zu den Ressourcen des sozialen und gesellschaftlichen Lebens wie Unterstützung, Hilfeleistung, Anerkennung, Wissen und Verbindungen bis hin zum Finden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Es ist eintauschbar und reproduziert sich über Transaktionen, wie

¹ Focus, Nr. 22, 25.5.1996, S. 68-70.

² Arnulf Baring: Deutschland was nun? Berlin 1992, S. 59.

³ Vgl. und weitere Belege bei: Peter Hübner: Einleitung. Antielitäre Eliten? In: Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, S. 9-35, hier: S. 10.

⁴ Heike Solga: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S. 73. Ebenso: Hübner, S. 10.

⁵ Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2), Göttingen 1983, S. 183-198, insb. S. 198.

gegenseitige Geschenke, Gefälligkeiten, Besuche und Ähnliches. Da es sich um vertraglose Austauschbeziehungen handelt, besteht ein hohes Schwundrisiko, falls sich die Transaktionsbedingungen ändern. - Mit besonderem Sozialprestige sind - neben einigen über ihre Position definierten Vertreter der Macht- und Funktionseliten - vor allem Spitzensportler, Künstler, Schriftsteller, Ärzte sowie Vertreter der Kirchen ausgestattet, die damit auch zu den Eliten gehören. Der Verlust von sozialem Kapital schließt sie automatisch aus, er kann aber auch zu einem Ausschluss von Angehörigen der Positionselite und damit zu deren gesellschaftlichen Abstieg führen. Sowohl bei den Positionskriterien als auch bei der Frage der Abgrenzung von Position und Sozialprestige sind sehr differierenden Zuordnungsmöglichkeiten feststellbar. Schon deshalb ist ein vorsichtiger Umgang mit dem Elitenbegriff angezeigt.

Was bedeutet nun Elitenwandel? Und wie vollzog sich Elitenwandel in der Geschichte? Die Beschleunigung von gesellschaftlichen und politischen Transformationen im Zeitalter der sog. Moderne, seit dem 19. Jahrhundert, und die Verlängerung der menschlichen Lebenszeit haben zu einer Asynchronität von gesellschafts-politischem und kulturellem Wandel einerseits sowie den individuellen Lebensentwürfen andererseits geführt. Wollten Menschen ihr Leben im Einklang mit ihren politisch-sozialen und kulturellen Existenzbedingungen verbringen, waren sie gezwungen, sich veränderten Umständen anzupassen. Prägende Sozialisationserfahrungen besaßen nun nicht mehr für die gesamte Dauer eines Lebens Gültigkeit. Diese Anpassungs- und Korrekturbewegungen vollzogen sich auf verschiedenen Sektoren: z.B. in Bezug auf Mobilität, Beruf, Kommunikationsformen, Lebensstil, Bekleidung usw., aber eben auch durch eine Unterordnung unter die jeweils gültigen Normen der politisch-sozialen Systeme. Dies geschah meistens nachhinkend und schrittweise, manchmal aber auch vorseilend und schnell, gerade wenn persönliche Konsequenzen damit verbunden waren.

Anpassungsbewegungen sind der Normalfall. Sie sind den Menschen zumutbar, setzen indes die Bereitschaft voraus, sich den neuen Lebensumständen zu öffnen und anzupassen, aber auch sich einzubringen und die neuen Umstände mitzugestalten. Diese Fähigkeit ist sicher in Abhängigkeit vom Lebensalter, der individuellen Umstellungsfähigkeit und den gesellschaftlichen Umstellungserwartungen und -forderungen verschieden. Hiernach kann sich der Grad der Einbeziehung alter Elitenvertreter durch Verschmelzung mit neuen Eliten richten. Umgekehrt müssen alle Gesellschaften Integrationsleistungen vollbringen und daher Mehrheiten inkludieren. Um Stabilität und Funktion der politischen Gemeinwesen zu gewährleisten, benötigen sie öffentliche Zustimmung und Legitimation. Umgekehrt kann auch die Exklusion von Elitenvertretern zu politischer Stabilität führen, wenn diese in den Augen der Mehrheit diskreditiert sind. In Bezug auf die Behandlung alter Eliten gibt es verschiedene Konzepte und Abwägungsentscheidungen, die zwischen zwei Polen angesiedelt sind: Zum einen kann die Einbeziehung ihrer Vertreter als ein Erfordernis für gesellschaftliche Stabilität betrachtet werden. Das bedeutet, dass ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, sich an die Bedingungen der neuen Gesellschaft anzupassen. Der Austausch jener Elitenvertreter, denen das nicht möglich ist, erfolgt in der Regel schubweise, um die Gesellschaft nicht zu destabilisieren. Umgekehrt besteht auch die Möglichkeit eines weiträumigen Ausschlusses von Eliten, einer weitgehenden Exklusion, wenn sich Mehrheiten gegen alte Eliten integrieren lassen und deren Positionen alternativ besetzt werden können.

Doch nicht das Auswechseln der alten Eliten und deren Kaltstellung sondern deren Einbeziehung und Verschmelzung, durch Erfahrungswandel, Anpassung und Arrangements stellen den historischen Normalfall dar; - zumindest in jenen Gesellschaften, deren innere Attraktivität und Festigkeit nachträgliche Frontstellungen unnötig erscheinen lassen und einen Erfahrungswandel begünstigen. Denn durch Anpassungsbewegungen bleiben soziale Austauschbeziehungen intakt, werden gesellschaftliche Reibungsverluste vermieden und freiwilliges Engagement gefördert. In der Regel werden neue Eliten durch einen Eliten-Mix gekennzeichnet: durch die Übernahme des integrationswilligen Teils der alten Führungsgruppen und deren Transformation sowie durch die gezielte Herausbildung und Implantation neuer Führungskräfte. Dieser Befund wird bei einer vergleichenden Betrachtung von politisch-sozialen Umbruchsituationen bestätigt: Obwohl es sich um Revolutionen handelte, zogen weder die Französische Revolution von 1789 noch die russische Oktoberrevolution von 1917 oder die deutsche Novemberrevolution von 1918 einen kompletten Elitenwechsel nach sich. Die "Glorious Revolution" von 1688/89 folgte diesem Ansatz schon gar nicht. Und auch die Revolution vom Herbst 1989 führte zwar zu einer Entmachtung der SED. Auf staatlicher Ebene aber, bei den Ministerien, bei den Kommunalverwaltungen, Instituten, wurden - wenn überhaupt - nur die obersten Spitzen ausgetauscht. Erst in der Phase der Annäherung an die Bundesrepublik, die in die Wiedervereinigung führte, wurde das ostdeutsche Elitenpersonal abgesetzt. Die Besonderheit bestand hier in der Verbindung von revolutionärem Umbruch und dem

Übergang der staatlichen Souveränität der kleinen DDR in die große Bundesrepublik, denn dadurch gab es kein praktisches Erfordernis, auf alte Elitenvertreter in größerem Maße zurückzugreifen oder sich mit ihnen arrangieren zu müssen. Das mangelnde Arrangementerfordernis führte dazu, entweder die Existenz einer ostdeutschen Elite in Frage zu stellen oder sich ihrer zu entledigen. Dieses Vorgehen indes war nicht mit irgendwelchen höheren moralischen Rücksichten zu begründen, wie dies in der Öffentlichkeit geschah, auch nicht mit der Unfähigkeit bzw. dem Unwillen der alten Eliten, sich anzupassen, sondern einzig und allein mit dem Umstand, zweckdienlich handeln zu können und keine Arrangements eingehen zu müssen.

Dieser Sonderfall der ostdeutschen Elitentransformation nach 1989/90 äußerte sich - neben der Gesetzgebung und den öffentlichen Diskursen - im Wirken der westdeutschen Aufbauhelfer, die bald nach der Wiedervereinigung zum Zuge kamen und - gut vernetzt, in Kenntnis der maßgeblichen Institutionen und mit Alleinstellungsmerkmalen in den Bereichen Verwaltung und Justiz - die Personalverwaltungen übernahmen sowie sämtliche Abteilungsleiterpositionen in den Ministerien und nahezu jede beliebige Chefposition nachrangiger Institutionen. Diese Gruppe bildet nach wie vor den Großteil der neuen ostdeutschen Elite und sie ist weiter im Wachstum begriffen. Nach einer gewissen Übergangsphase hat sie sich fest etabliert und mit Hilfe reglementierter Laufbahnsysteme eine Vorteilsposition gegenüber jenen ostdeutschen Mitbewerbern verschafft, die der Alterskohorte der normalerweise jetzt in führenden Positionen nachrückenden Spitzenkräfte angehören, deren Ausbildung also in die DDR-Periode gefallen ist und die somit signifikante Qualifikationsmerkmale nicht besitzen konnten. Um es deutlich zu sagen: in den neuen Bundesländern bestehen für die Generation der DDR-Sozialisierten bis heute strukturelle Zugangsblokkaden - und zwar unabhängig davon, ob sie zu den Akteuren und Befürwortern der friedlichen Revolution zählten oder nicht. Gewiss hat es auch Anpassungsqualifikationen gegeben, es überwog aber die Tendenz, höhere Posten lieber neu zu besetzen als zu qualifizieren. Hierbei spielen sicher abweichende Sozialisationserfahrungen eine Rolle, die auf kulturelle Differenz hindeuten. Erwächst nicht aus einer als ‚Diaspora‘ empfundenen Situation, etwa der unterschiedlichen Zugehörigkeit zu bestimmten Schulen, Religionen, Verbindungen und Netzwerken, vielleicht sogar aus landsmannschaftlichen Verwandtschaften binnensolidarisches Verhalten? Das bedeutet, dass ein westdeutscher Beamter in der Regel jemanden einstellt, der ihm kulturell näher steht und vertrauter erscheint⁶. Als Faustregel kann festgehalten werden, dass dieser Mechanismus erfolgreich funktioniert, der zahlenmäßige Anteil der Westdeutschen mit der Höhe der Position deutlich steigt und im Bereich der Abteilungsleiter in Regierungsinstitutionen der Länder und des Bundes Ostdeutsche so gut wie nicht mehr vorhanden sind.

Selbst wenn man den Personenkreis der Eliten auch auf Selbständige und Freiberufler mit mindestens zehn Mitarbeitern, Beamte sowie Angestellte im höheren Dienst ausweitet, würde man zu der Feststellung gelangen, dass sich ostdeutsche Führungskräfte⁷ noch immer auf dem Rückzug befinden, und zwar im ostdeutschen wie im gesamtdeutschen Maßstab. Der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung aus dem Jahre 2010 zufolge waren 1999 noch 84 Prozent aller - sehr weit definierten - Führungskräfte in den neuen Ländern ostdeutscher Herkunft, 2010 waren es nur noch 71 Prozent. Im Gesamtmaßstab der Bundesrepublik sank der Anteil ostdeutscher Führungskräfte von 13 auf neun Prozent, was proportional nicht einmal der Hälfte des ostdeutschen Bevölkerungsanteils entspricht. Während sich westdeutsches Spitzenpersonal im Osten weiter in Stellung bringt, sind gerade einmal zwei Prozent der westdeutschen Führungspositionen von Ostdeutschen besetzt.

Würde man den Bereich Elite enger fassen - wofür es gute Gründe gibt - oder den Befund nach einzelnen Branchen aufschlüsseln, könnte man Erstaunliches feststellen: unter 88 Hochschulrektoren befanden sich 2010 gerade drei Ostdeutsche. Die ostdeutschen Professuren im Bereich der Geisteswissenschaften sind beinahe durchgängig von Westdeutschen besetzt. Kein einziger deutscher General kommt aus dem Osten. Man könnte die Aufzählung fortsetzen. Auch in Sachen Gehaltsentwicklung hinken die Ostdeutschen hinterher. Zwar sind die Realeinkommen im Osten seit der Wende gestiegen, allerdings - wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung

⁶ Spitzenfunktionen werden innerhalb der eigenen Ethnie - also durch Westdeutsche - besetzt, meint die britische Politologin Rebecca Pates. Vgl. Der "Ossi" - Ausländer im eigenen Land, in: MAZ, 13. Dezember 2012, S. 10. Vgl. Rebecca Pates: Der "Ossi". Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden 2013.

⁷ Darunter versteht das DIW Selbständige und Freiberufler mit mindestens zehn Mitarbeitern, Beamte sowie Angestellte im höheren Dienst.

betont - ohne das westliche Einkommen zu erreichen. Da die Steigerung vor allem die Spitzenverdiener betrifft, unter ihnen überproportional viele Westdeutsche, sind diese wieder im Vorteil. Wenn man dazu in Rechnung stellt, dass der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern einen viel größeren Niedriglohnsektor aufweist, haben der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung zufolge die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West zugenommen. Bilanzierend kann gesagt werden, dass berufliche und soziale Schlechterstellung der Ostdeutschen Hand in Hand gehen.

Als zweite Gruppe der ostdeutschen Eliten gelten die ostdeutschen Seiteneinsteiger, die als politisch unbelastet galten und wichtige Qualifikationen sowie Leitungserfahrungen aus ideologiefreien Berufen mitbrachten. Während sich vergleichbare westdeutsche Funktionsträger zu knapp 60 Prozent aus den Bereichen Staats- und Wirtschaftswissenschaften rekrutieren, kamen nur 5 Prozent der Ostdeutschen dorthin. 34,4 Prozent waren im Bereich Wissenschaft und Dienstleistung beschäftigt, 17 Prozent kamen aus der Wirtschaft, 10 Prozent aus dem Medien- und 6 Prozent aus dem Bereich der Kirchen. Der Potsdamer Elitenstudie von 1995 zufolge waren 93 Prozent der befragten ostdeutschen Politiker vor der Wende in anderen Bereichen tätig, nur 8 Prozent hatte bereits in der DDR eine herausgehobene Position eingenommen⁸. - Zu dieser Gruppe gehören auch einige herausgestellte Persönlichkeiten, die wie Angela Merkel (Chemikerin an der Akademie der Wissenschaften), Harald Ringsdorff (Chemiker im Werftkombinat) aus Mecklenburg, Wolfgang Böhmer (Gynäkologe) aus Sachsen Anhalt, Dieter Althaus (Lehrer für Mathematik und Physik) aus Thüringen oder Matthias Platzeck (Kybernetik-Ingenieur) in Spitzenpositionen vorrückten und gleichzeitig eine wichtige Alibifunktion erhielten, denn auf den nachgeordneten Entscheidungs- und Verwaltungspositionen hätten ostdeutsche Mitbewerber kaum eine Chance.

Daneben ist von einer dritten Gruppe die Rede, die oft - etwas despektierlich als "alte Seilschaften" bezeichnet wird. Mitte der 90er Jahre gab die Hälfte der befragten ostdeutschen Eliten an, in der DDR Mitglied einer Partei gewesen zu sein. Davon besaßen 30 Prozent das SED-Parteibuch, während 17 Prozent Mitglied von Blockparteien waren. Dies könnte auf den ersten Blick den Eindruck vom Überwintern von "SED-Seilschaften" bzw. "Blockflöten" vermitteln. Beide Begriffe werden polemisch-zweckdienlich verwendet, der Befund ist aber differenzierter: Bei den ehemaligen SED-Mitgliedern handelt es sich um Vertreter vornehmlich der zweiten und dritten Reihe, viele sind dem SED-Reformflügel zugehörig gewesen, der sich für eine Veränderung der DDR-Gesellschaft nach dem Muster der sowjetischen Perestroika stark gemacht und damit die Schubkraft der Volksbewegung über eine weite Strecke mitgebildet hatte. Das betrifft auch viele Angehörige der ehemaligen Blockparteien. Diese Elitenvertreter haben nach der Wiedervereinigung in der PDS, bzw. Linkspartei sowie in den Redaktionen der Regionalzeitungen ein Betätigungsfeld gefunden⁹ und wurden damit in die Bereiche Politik und Medien gedrängt¹⁰. Die Vertreter dieser Gruppe verorten ihre Werthaltungen längst im Spektrum des demokratischen Rechtsstaates, ihre kulturellen- und Milieubindungen sind differenziert. Habituell unterscheiden sie sich nur wenig von den anderen ostdeutschen Elitenvertretern. Dennoch werden sie allein wegen ihrer Herkunft begrifflich differenziert¹¹ und dann auch schlechter gestellt. Wird doch die "Umbruchsintensität" in den ostdeutschen Ländern vor allem davon abhängig gemacht, wie viel Einfluss den alten politischen Mandats- und Funktionsträgern nach 1990 genommen werden konnte¹². - In einigen Bundesländern geht der Gesetzgeber davon aus, dass alte Elitenvertreter für eine Verbeamtung ungeeignet sind: So wird im aktuellen Sächsischen Beamtengesetz (Januar 2012) die Vermutung formuliert, dass ehemalige Mitarbeiter oder Angehörige in herausgehobenen Funktion von Parteien und Massenorganisationen, der bewaffneten Organe und Kampfgruppen sowie sonstiger staatlicher oder

⁸ Viktoria Kaina, Martina Sauer: Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht, in: Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus, S. 87-105, hier: S. 93.

⁹ Hierzu: Gunnar Hinck: Eliten in Ostdeutschland. Wider eine Kultur des Stillstandes, in: Die Politische Meinung, Nr. 458, Januar 2008, S. 29-34.

¹⁰ Vgl. Kaina, Sauer, S. 94.

¹¹ Als Beispiel kann der politikwissenschaftliche Ansatz von Berg/Nagelschmidt/Wollmann angeführt werden, aus dem sich eine Untersuchungsmatrix ableiten lässt, die bei der Bewertung von politischen Entscheidungsträgern zwischen alt- und neoinstitutionell, alt- und neupersonell, alt- und neuparteilich sowie alt- und neupolitisch differenziert. Frank Berg, Martin Nagelschmidt, Hellmut Wollmann: Kommunalen Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess, Opladen 1996.

¹² Vgl. Sebastian Stude, Gutachten für die Enquete-Kommission des brandenburgischen Landtages 5/1: Personelle Kontinuität und Elitenaustausch in den brandenburgischen Kommunen zwischen 1990 und 2010. Das Beispiel Landkreis Prignitz mit den Städten Perleberg und Pritzwalk, S. 38.

gemeindlicher Dienststellen oder Betriebe der ehemaligen DDR, ebenso Abteilungsleiter der Ministerien und Räte der Bezirke, Mitglieder der SED-Bezirks- und Kreisleitungen, Mitglieder der Räte der Bezirke, Absolventen zentraler Parteischulen, politische Funktionsträger in den bewaffneten Organen und Kampfgruppen, Botschafter und Leiter anderer diplomatischer Vertretungen und Handelsvertretungen sowie Mitglieder der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen die für die Berufung in das Beamtenverhältnis erforderliche Eignung nicht besitzen. Die Betroffenen - so der Gesetzgeber - können jedoch versuchen, diese Vermutung zu widerlegen.¹³

Eingangs ist auf die Bedeutung weicher Faktoren für die Elitenbildung hingewiesen worden, wie dem sozialen Kapital. Wird das Sozialprestige einer Gruppe dauernd infrage gestellt, vollzieht sich ein Prozess der Enteignung von sozialem Kapital. Angehörige dieser Gruppe sind dann nicht mehr in der Lage, Beziehungen geltend zu machen und eine verantwortliche Position zu behaupten oder zu erlangen. Dieser Prozess der Enteignung kann sowohl durch den Gesetzgeber erfolgen, indem er die Transaktionsbedingungen der vertraglosen Austauschbeziehung ändert und die Einlösung von Schuldverpflichtungen verweigert¹⁴, die z. B. aus erbrachten Leistungen vor und nach 1990 resultieren. Dies kann auf gesetzlichem Wege erfolgen, durch Einschränkung des Zugangs zu Arbeitsplätzen und Tätigkeitsfeldern, wie das sächsische Beispiel zeigt, oder aber auch durch öffentliche Zerr- und Negativbilder, die die Unterlegenheit einer Bevölkerungsgruppe behaupten und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt schmälern¹⁵, oder durch Ausgrenzungs- und Schmähdiskurse, die zu einem praktischen Berufsverbot führen, denn niemand wird sich wagen, eine Person einzustellen, die einem öffentlichen Schmähdiskurs ausgesetzt werden kann. - In Bezug auf die so genannten "alten Seilschaften" ist dieser Prozess noch immer im Gange, wie durch zahlreiche Presseveröffentlichungen gerade nach der Bildung der rot-roten Koalition in Brandenburg sowie einige Diskussionsbeiträge der Enquete-Kommission des brandenburgischen Landtages 5/1 belegt werden könnte.

Auch die ehemalige DDR-Opposition ist inzwischen in den gesamtdeutschen Führungsgruppen angekommen. Man könnte sie als die vierte Gruppe im ostdeutschen Elitenpool bezeichnen. Bereits Mitte der 90er Jahre gaben 28,7 Prozent der ostdeutschen Führungskräfte an, vor 1989 zur DDR-Opposition gehört zu haben. Klagen über blockierte Zugangswege für Teilnehmer der Bürgerbewegung in die bundesdeutsche Elite sind sicher berechtigt, allerdings nur in dem Sinne, als dass sie die generell schlechteren Zugangsvoraussetzungen für ehemalige DDR-Bürger betreffen. Etwa zwei Drittel aller DDR-Oppositionellen von vor 1989 unter den ostdeutschen Eliten befinden sich im Politiksektor und dabei mehrheitlich bei den Grünen (53,3 Prozent), gefolgt von SPD (44,2 Prozent) und CDU (42,4 Prozent). Etwa zehn Prozent gingen als Führungskräfte in die Verwaltungen¹⁶. Insgesamt scheint die Aussage zutreffend, dass die Vertreter der ehemaligen Oppositionsbewegung in der bundesdeutschen Elite untergekommen sind. Und auch in öffentlichen Diskursen sind sie gut repräsentiert, da es ihnen gerade bei Ost-Themen gelingt, Meinungsführerschaft zu behaupten.

Sicher gibt es unterschiedliche Konzepte des Umgangs mit alten Eliten. Zwischen der politisch-sozialen Umwelt und den Elitenvertretern sollte im Normalfall ein dynamisches und offenes Verhältnis in dem Sinne bestehen, dass die vorn geschilderten Anpassungsbewegungen ermöglicht und gefördert werden. - Nur wenn absehbar ist, dass Teile der alten Elite im neuen Gesellschaftszustand nicht "ankommen" können, wie das beispielsweise autoritär-monarchistisch gesinnte Elitenvertreter in der Weimarer Republik betraf, oder durch Verbrechen nachhaltig delegitimiert sind, besteht zur Stabilisierung der neuen Ordnung ein Verdrängungserfordernis, doch sollte ein für den Einzelnen so weitreichender Schritt in einem rechtsstaatlichen Verfahren geklärt werden. Es ist bekannt, dass diese Verdrängung zugunsten demokratisch gesinnter Eliten in Weimar nicht stattgefunden hat. Auch nach 1945 war der Umgang mit den 7,5 Millionen ehemaligen Nationalsozialisten, den Mitwissern und Verstrickten in zahllose Verbrechen, eher lässig, - und zwar in beiden deutschen Staaten. Da bei der übergroßen Mehrheit der Betroffenen eine starke Bereitschaft zur Anpassung und Wiedergutmachung bestand, hat deren Integration - nach durchlaufender Katharsis - der politischen Entwicklung nicht geschadet. Dies könnte ebenso am

¹³ Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Beamtengesetz - SächsBG), In der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 194), Zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130).

¹⁴ Vgl. Bourdieu, Ökonomisches Kapital, S. 198.

¹⁵ So Rebecca Pates, in: "Ossi" - Ausländer im eigenen Land, MAZ, 13. Dezember 2012, S. 10.

¹⁶ Kania, Sauer, S. 95.

Beispiel der bundesdeutschen Demokratie gezeigt werden. Und auch in der DDR sind aus vielen ehemaligen Nazis später gute SED-Mitglieder geworden.

Umso radikaler wurde der Zusammenhang von gesellschaftspolitischer Ordnung und persönlicher Herkunft nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 interpretiert. Hier soll an jenes große Misstrauen erinnert werden, das den Ostdeutschen entgegenschlug und sie als defizitäre Volksgruppe erscheinen ließ¹⁷. Vermutlich haben sich politische Vorbehalte bei der Bewertung ostdeutscher Führungspersönlichkeiten inzwischen abgeschwächt, sie sind aber noch immer vorhanden und in besonderen gesetzlichen Bestimmungen verankert. Diese auf Differenzierung zielende Praxis und die damit verbundene Abhalfterung großer Bevölkerungsgruppen als "alte Elite" liegt die Behauptung zugrunde, dass sich Menschen nicht auf veränderte Umstände einstellen können. Doch diese Behauptung ist falsch und durch die Praxis tausendfach widerlegt. Ein Indikator für Anpassungsbereitschaft ist die Frage nach gesellschaftspolitischen Affinitäten und Werthaltungen, die seit den 1990er Jahren untersucht wurden. - Vergleicht man Werthaltungen ostdeutsch sozialisierter Eliten mit denen aus dem Westen springen zunächst signifikante Übereinstimmungen ins Auge. Es muss nicht betont werden, dass die Akzeptanz des demokratischen Rechtsstaates unbestritten ist und schon deshalb keineswegs von einer Inkompatibilität ostdeutscher Elitenvertreter die Rede sein kann. In Bezug auf die Ausgestaltung der Demokratie wünschen sich ostdeutsche Elitenvertreter etwas mehr direkte Demokratie, d.h. eine Stärkung der plebiszitären Elemente, während westdeutsche Eliten die repräsentative Demokratie bevorzugen¹⁸. Auch sind Ostdeutsche skeptischer bei der Bewertung der Zielverwirklichung innerhalb der Demokratie: Sie sehen Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter, soziale Sicherheit, Mitmenschlichkeit und die Gleichheit der Lebensbedingungen nicht so umfassend verwirklicht, wie die Westdeutschen. Es ist dahingestellt, ob die sozialstaatlichen und basisdemokratischen Politikprioritäten der Ostdeutschen ein Relikt sozialistischer Werthaltungen darstellt - wie die Verfasser der Potsdamer Elitenstudie vermutet haben - oder ob sie der abweichenden Lebensrealität der neuen Länder geschuldet sind, wie der Verfasser annimmt. Fest steht aber, dass die veränderten Werthaltungen der Ostdeutschen - wenn sie denn stärker nachgefragt würden - einen Beitrag zur Stärkung und breiteren Verankerung der deutschen Demokratie leisten könnten. - Und auch im individuellen Bereich, bezogen auf ehemalige Elitenvertreter der DDR ist dieser Sachverhalt maßgeblich: Ihre Inklusion, ihre breitere Einbeziehung und die Schaffung von Zukunftsperspektiven bilden einen untrennbaren Zusammenhang zum politisch, sozialen und kulturellen Wandel in unserem Land. Denn - wie Reinhart Koselleck, einer der bekanntesten deutschen Historiker und Geschichtstheoretiker des 20. Jahrhunderts einmal formuliert hat, ist die zentrale Voraussetzung für eine Revision eigener Standpunkte noch immer die Perspektive des Neubeginns und Ankommens in einer neuen Gesellschaft¹⁹. Diese bemerkenswerte Feststellung hat ihre Gültigkeit nach der deutschen Wiedervereinigung nicht verloren. Zu deren Besonderheiten zählte der Umstand des mangelnden Arrangementenerfordernisses. Denn die alten Elitenvertreter sind nach 1990 kaum benötigt worden. Doch von billigen Nützlichkeitsabwägungen sollte in diesem Falle abgesehen werden. Da jede Gesellschaft, die sich im Wandel befindet, eine ständige Revision von Standpunkten erfordert und unsere davon nicht ausgenommen ist, sollte die Möglichkeit ihres Neubeginns und Ankommens nicht durch Ausgrenzung, berufliche Schlechterstellung oder durch dauernden Vertrauens- und Statusentzug verschlossen werden.

¹⁷ "Ossi" - Ausländer im eigenen Land, MAZ, 13. Dezember 2012, S. 10.

¹⁸ Kaina, Sauer, S. 100.

¹⁹ Reinhart Koselleck: Erfahrungsraum und Erwartungshorizont - zwei historische Kategorien, in: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989 (Nachdruck der 1. Auflage von 1979), S. 349-375.